

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ)

Die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dagmar Wöhrl traf am 15. Juni den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen António Guterres zu einem Gespräch.

Nach dem Treffen erklärte die Vorsitzende des Ausschusses: "Mit weltweit mehr als 43 Millionen Flüchtlingen ist die Tragödie von Flucht und Vertreibung so groß wie nie. Sie wird voraussichtlich weiter anwachsen. Hunger und Wassermangel, Bevölkerungswachstum und Klimawandel sind die neuen Ursachen von Vertreibung – neben den traditionellen Gründe von Kriegen und Konflikten. Hier wird die Problematik von Vertreibung im Spannungsfeld der Weltpolitik deutlich. Es gilt, die Brücke zwischen kurzfristiger Nothilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit zu schließen. Hierfür muss in nationalem als auch internationalem Rahmen dringendst geworben werden."

Nach Einschätzung von Antonio Guterres wird die Zahl der Flüchtlinge in den kommenden Jahrzehnten drastisch steigen. Eine wachsende Weltbevölkerung wird mit den Folgen des Klimawandels und dem Kampf um knapper werdende lebenswichtige Ressourcen zu kämpfen haben – wortwörtlich. Denn als Folge dieser Entwicklungen ist von neuen Konflikten und Flüchtlingsströmen auszugehen. "Der Weltgemeinschaft **fehlt es bisher an Instrumenten**, diese "erzwungene Migration" von Wirtschaftsund Klimaflüchtlingen zu bewältigen", so die Ausschussvorsitzende.

Dabei wird es zentral sein, dass die Industrienationen und konkret Deutschland sich auf die Herausforderung einer wachsenden Flüchtlingsproblematik einstellen. Die Arbeit der Vereinten Nationen wie auch der Bundesregierung umfasst neben der Versorgung akuter Flüchtlinge auch die Prävention von Flüchtlingssituationen.

PRE Z H H



Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ)

"Deutschlands Engagement muss im Bereich der Flüchtlingsarbeit den Solidaritätsgedanken mit dem eigenen Interesse verbinden, um nicht allzu bald an die Grenzen seiner Aufnahmekapazitäten von Flüchtlinge zu stoßen. Es ist im Interesse aller, Flüchtlingen eine baldige Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu ermöglichen, so es die Lage vor Ort hergibt. 250.000 Rückkehrer im Jahr 2009 war die niedrigste Quote seit 20 Jahren. Schon heute lässt sich aber wohl klar absehen: die Flüchtlingsproblematik wird zu einem entscheidenden Thema in der Entwicklungszusammenarbeit und auch der politischen Stabilität weltweit werden", so Wöhrl.

Darüber hinaus ist ein zentraler Aspekt erfolgreicher Flüchtlingsarbeit die Unterstützung der Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen. Die Bundesregierung trägt beispielsweise mit 10 Mio. Euro dazu bei, dass afghanische Flüchtlinge in den Gemeinden im Norden Pakistans aufgenommen und in das Leben vor Ort integriert werden können.

PRE Z H H ILC NO